## LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

17. Wahlperiode

31.03.2020

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3384 vom 7. Februar 2020 der Abgeordneten Wibke Brems BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8627

Was tut die Landesregierung für die Menschen in den Garzweiler-Dörfern?

## Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Viele Menschen, in den von Umsiedlungen bedrohten Dörfern am Tagebaubau Garzweiler hatten durch den Bericht der Kohlekommission im Januar 2019 Hoffnung geschöpft, ihre Heimat retten zu können. Ministerpräsident Laschet versprach einen intensiven Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern. Doch in der Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg vom 15.01.2020 wurde festgehalten, dass die energiewirtschaftliche Notwendigkeit zur Inanspruchnahme des Tagebaus Garzweiler II in den Grenzen der Leitentscheidung von 2016 inklusive des dritten Umsiedlungsabschnitts besteht. Diese Feststellung findet sich ebenfalls im Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes, wie es das Bundeskabinett am 29.01.2020 beschlossen hat.

Über die Anzahl der in den betroffenen Orten noch lebenden Menschen, kursieren immer wieder unterschiedliche Zahlen, für eine ehrliche Debatte sind korrekte Zahlen jedoch unabdingbar.

**Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie** hat die Kleine Anfrage 3384 mit Schreiben vom 27. März 2020 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten beantwortet.

1. Wie viele Personen lebten zum Stichtag 31.12.2019 in den Umsiedlungsorten am Tagebau Garzweiler II? (Bitte insgesamt sowie getrennt angeben nach Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Berverath, Eggerather Hof, Roitzerhof und Weyerhof)

Nach Angaben der Stadt Erkelenz hatten am 31.12.2019 insgesamt 917 Personen ihren Hauptwohnsitz in den fünf Umsiedlungsorten einschließlich der drei Hofstellen.

Datum des Originals: 27.03.2020/Ausgegeben: 06.04.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Verteilung ist dabei wie folgt:

Ortschaft	Hauptwohnsitze
Keyenberg	435
Kuckum	291
Unterwestrich	68
Oberwestrich	12
Berverath	86
Eggerather Hof, Roitzerhof und Weyerhof	25

2. In ihrem Tätigkeits- und Erfahrungsbericht für den Zeitraum 01.04.2018 - 31.03.2019 wagt die Beauftragte der Landesregierung für die Umsiedlungen im Rheinischen Revier die Prognose: "Aufgrund des zügigen Fortschreitens der Umsiedlung kann davon ausgegangen werden, dass Ende 2019 mit rd. 75 % der Umsiedler Einigung erzielt sein wird." Wie ist der aktuelle Stand der Einigungen der Umsiedler mit RWE?

Der Stand der Einigungen mit den Umsiedlerinnen und Umsiedlern betrug im Februar 2020 nach Angaben der RWE Power AG 77 %.

3. Wie viele Personen verweigern in den Umsiedlungsorten am Tagebau Garzweiler II die Verhandlungen mit RWE über einen Verkauf?

Nach Auskunft der RWE Power AG wurde noch nicht zu allen Umsiedlerinnen und Umsiedlern Kontakt aufgenommen, da dies in Abhängigkeit der geplanten (zeitlich unterschiedlichen) bergbaulichen Inanspruchnahmen der Ortschaften erfolge. Sie werde allerdings zu allen Eigentümerinnen und Eigentümern den Kontakt suchen und Angebote zum Erwerb der Anwesen unterbreiten.

4. Wann wird Ministerpräsident Laschet den versprochenen intensiven Dialog mit den Menschen in den von Umsiedlungen bedrohten Dörfern am Tagebau Garzweiler II endlich aufnehmen?

Ministerpräsident Armin Laschet besuchte im November 2018 als erster Ministerpräsident die vom Braunkohlentagebau in Garzweiler betroffenen Dörfer. Die Landesregierung steht darüber hinaus im intensiven Austausch mit der vom Braunkohlenabbau betroffenen Region. Dazu gehört auch der Dialog mit den von Umsiedlungen betroffenen Kommunen und Menschen. Dieser wird fortgesetzt und es wird dazu auch weitere Vor-Ort-Gespräche geben.

5. Wie plant die Landesregierung, die von Minister Pinkwart in der Pressekonferenz am 16.01.2020 angekündigten größeren Abstände der Tagebaurandkommunen zur Abbruchkante am Tagebau Garzweiler II planerisch umzusetzen?

Die Landesregierung wird mit der Leitentscheidung Verbesserungen für die Tagebauranddörfer im Bereich von Garzweiler II festlegen. Die Landesregierung prüft dazu die von RWE vorgelegte Planung und führt einen Dialog u.a. mit den am Tagebau liegenden Kommunen. Erst darauf aufbauend erfolgt die planerische Festlegung in der Leitentscheidung.